

**GRÜNE Schweiz**

Urs Scheuss
Waisenhausplatz 21
3011 Bern

urs.scheuss@gruene.ch
031 326 66 04

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit
und Veterinärwesen BLV
3003 Bern

per Mail an: lmr@blv.admin.ch

Bern, 31. Januar 2023

Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die GRÜNEN für eine Stellungnahme zu Ordnungsrevisionen im Bereich des Lebensmittelrechts eingeladen. Wir danken für die Möglichkeit, uns zur Vorlage zu äussern.

Die GRÜNEN begrüßen die Anpassungen grundsätzlich, da sie unter anderem den Kampf gegen Food Waste verbessern und mehr Transparenz für die Konsument*innen schaffen. Zu einzelnen Punkten äussern sich die GRÜNEN wie folgt:

Massnahmen gegen Food Waste

Ein wichtiger Schritt zur Senkung der Lebensmittelkosten, aber auch zur Verminderung des ökologischen Fussabdrucks, ist die Minimierung von Lebensmittelverlusten. Food Waste soll aus Sicht der GRÜNEN daher rasch deutlich reduziert werden. Allerdings ist es schwierig, verbindliche Massnahmen umzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen. Es kommt darum auf die Rahmenbedingungen an, die helfen, Lebensmittelverschwendung zu vermeiden. Die vorgeschlagenen Änderungen gehen in die richtige Richtung. Durch das Festlegen von gesundheitlichen Anforderungen für Lebensmittel, die gespendet werden dürfen, wird Rechtsicherheit geschaffen. Durch die Vereinfachung der Deklaration bei Brot aus Offenverkauf, das von gemeinnützigen Organisationen an Personen, die in einem finanziellen Engpass leben, abgegeben wird, wird in diesem Bereich die Hürde für Lebensmittelspenden gesenkt. Diese Vereinfachung darf jedoch nicht dazu führen, dass Armutsbetroffene, die z.B. an einer Sesam-, Soja- oder Nussallergie leiden, kein verteiltes Brot mehr essen können, ohne eine allergische Reaktion befürchten zu müssen. Hierfür muss aus Sicht der GRÜNEN noch eine Lösung gefunden werden.

Zudem unterstützen die GRÜNEN die Möglichkeit, im Einzelhandel tiefgekühlte Lebensmittel offen zu verkaufen. Dadurch kann Verpackungsmaterial eingespart werden, was wie die Bekämpfung von Food Waste dazu beiträgt, den Ressourcenverbrauch zu senken.

Verbesserungen bei der Deklaration von Lebensmitteln

Transparenz und Information sind unabdingbare Grundlagen für die Kaufentscheide der Konsument*innen. Die GRÜNEN begrüßen daher, dass Bäckereien, Restaurants oder der Detailhandel beim Brot und Backwaren das Produktionsland schriftlich deklarieren müssen. Ebenso unterstützen die GRÜNEN die bessere Kontrolle der geschützten Ursprungsbezeichnungen AOP und IGP.

Darüber hinaus fordern die GRÜNEN den Bundesrat auf, die Umsetzung der Motion 20.4267 «De-klaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden» rasch an die Hand zu nehmen oder sogar bereits in diese Revision zu integrieren, wenn dies zu keiner massgeblichen Verzögerung führt. Nach Ansicht der GRÜNEN sollen Konsument*innen bei der Wahl eines Produktes eine informierte Wahl treffen können. Das ist nötig, damit importierte Lebensmittel nicht die Umwelt- und Tierschutzstandards der Schweiz untergraben. Dazu soll der Bundesrat eine pragmatische Lösung vorschlagen, welche einfach umzusetzen und für die Konsument*innen gut nachvollziehbar ist.

Schliesslich kritisieren die GRÜNEN, dass die vorgelegte Revision des Lebensmittelrechts nicht dazu genutzt wird, die Lebensmittelsicherheit in Bezug auf Zusatz- und Hilfsstoffe zu erhöhen. Diese sind potenziell gesundheitsschädlich mit chronischen und wechselseitigen Effekten.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und die Anpassung der Vorlage. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli
Präsident



Urs Scheuss
stv. Generalsekretär